

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 18.10.2023

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:00 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Panse
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
3.1.	Beratungsverlauf zum Doppelhaushalt 2024/2025 BE: Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister	2290/23
4.	Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates	

- | | | |
|------|--|----------------|
| 4.1. | Flächenpool und Ansprechpartner für Wohnprojekte und weitere Akteure im Rahmen der Konzeptvergabe
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung
Vertreter Quartiere für Alle e. V. | 1610/23 |
| 4.2. | 4. über-/ außerplanmäßige Mittelbereitstellung nach § 58 Abs. 1 ThürKO im Jahr 2023
BE: Leiterin der Stadtkämmerei | 2188/23 |
| 4.3. | 2. Änderungssatzung zur Satzung zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Landeshauptstadt Erfurt (Zweitwohnungssteuersatzung – ZwStSErf)
BE: Leiterin der Stadtkämmerei | 2191/23 |
| 4.4. | 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe für Übernachtungen in der Landeshauptstadt Erfurt (KASErf)
BE: Leiterin der Stadtkämmerei | 2192/23 |
| 4.5. | Prüfung einer Aufwand- und Verbrauchssteuer: Haltung und Auflass von Tauben im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Erfurt
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung | 2210/23 |
| 5. | Informationen | |
| 5.1. | Mündliche Informationen | |
| 5.2. | Sonstige Informationen | |

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Herr Panse, Ausschussvorsitzender, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung waren 10 Mitglieder des Ausschusses anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Zusätzlich wurde unter TOP 3. – Dringliche Angelegenheiten – folgende Drucksache einstimmig aufgenommen:

- Drucksache 2290/23 Beratungsverlauf zum Doppelhaushalt 2024/25.

Weitere Änderungen lagen nicht vor.

3. Dringliche Angelegenheiten

3.1. Beratungsverlauf zum Doppelhaushalt 2024/2025 2290/23 BE: Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, monierte, dass der Doppelhaushalt 2024/25 erst Ende März 2024 im Stadtrat beschlossen werden soll und man somit die ersten Monate im neuen Jahr mit der vorläufigen Haushaltsführung arbeiten muss. Vor diesem Hintergrund fragte Herr Robeck nach einer Änderung in der Beratungsfolge, sodass die 1. Lesung des Doppelhaushaltes bereits im November 2023 erfolgt und die Anhörungen somit einen Monat vorgezogen werden können.

Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, erklärte, dass es auf Grund der vorhandenen Fristen und Zeitabständen sowie der Unterlagenerstellung nicht möglich ist, die Beratungsfolge auf einen früheren Zeitpunkt zu ändern. Ergänzend hierzu erklärte Herr Panse, Ausschussvorsitzender, dass die vorliegende Abfolge auch dem geschuldet ist, dass die Ortsteilräte sowie die Ausschüsse ordentlich beteiligt werden müssen. Dennoch ist es ärgerlich und die Fristen hätten vermieden werden können, indem man den Doppelhaushalt 2024/25 bereits im September 2023 in den Stadtrat eingebracht hätte, so Herr Panse.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, äußerte sich dahingehend, dass es nicht gut ist, wenn man in einem Wahljahr den Haushalt für das laufende Jahr beschließt. Er erkundigte sich, wie bereits in den vergangenen Jahren, ob sichergestellt ist, dass innerhalb der vorläufige Haus-

haaltsführung eine Liste beschlossen wird, mit Maßnahmen die vorläufig freigeben werden, besonders was die Freien Träger angeht.

Daraufhin erklärte Herr Linnert, dass der Stellenplan des alten Haushaltsjahres grundsätzlich weiterhin gelte. In der ThürKO ist geregelt, welche Aufgaben während der vorläufigen Haushaltsführung getätigt werden dürfen und welche nicht. Es dürfen alle diese Aufgaben getätigt werden, wozu eine rechtliche Verpflichtung besteht. Diese kann aus Gesetzlichkeiten, Verträgen, Satzungen oder auch aus alljährlich wiederkehrenden Handlungen, insbesondere bei institutionellen Förderungen die über Jahre hinweg gewährt worden sind, entstehen, so Herr Linnert.

Auf Grund der Erklärung durch Herrn Linnert, wurde folgende Festlegung getroffen:

Drucksache 2326/23	Es wird um Erläuterungen zu den rechtlichen Grundlagen für Maßnahmen gebeten, die im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung umgesetzt werden können. Weiterhin wird darum gebeten, mitzuteilen, welche Maßnahmen die Stadtverwaltung Erfurt durch eigenes Handeln in der haushaltslosen Zeit umsetzen wird (z. B. institutionelle oder projekthebezogene Förderungen im freiwilligen Bereich). T.: 22.11.2023 V.: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung
-------------------------------	--

Da nach mehrmaligen Aufforderungen durch Herrn Robeck, kein Änderungsantrag bzw. keine Festlegung benannt wurde, formulierte Herr Panse folgende Protokollfestlegung, deren Inhalt zustimmend von Herrn Robeck bedacht wurde:

„Bis zur Beschlussfassung im Hauptausschuss am 14.11.2023 prüft die Stadtverwaltung Erfurt, ob ein alternativer Zeitplan, mit dem Ziel der Verkürzung der gesamten Beratungsfolge, vorgelegt werden kann.“

Herr Panse bat um Abstimmung der Protokollfestlegung, welche mit 2 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen und 3 Enthaltungen abgelehnt wurde.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gab, stellte Herr Panse die Drucksache zu Abstimmung.

bestätigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

4. Vorberaterung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates
- 4.1. Flächenpool und Ansprechpartner für Wohnprojekte und weitere Akteure im Rahmen der Konzeptvergabe 1610/23
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung
Vertreter Quartiere für Alle e. V.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete erneut den Antrag seiner Fraktion, der bereits mehrfach im Ausschuss zur Diskussion stand. Auf Grund der bereits fortgeschrittenen Zeit bat er im Beschlussvorschlag 03 die Quartalsangaben jeweils um ein Quartal zu verlängern.

Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, betonte wie bereits in der letzten Sitzung, dass erst einmal die Evaluation des Vergabeverfahrens Wohnopia e. V. abgewartet werden sollte. Es spricht nichts für solche Wohnprojekte, da die Umsetzung derer sehr aufwendig und kostenintensiv sind. Selbst der Mietzins – am Beispiel Wohnopia e. V. – sei nicht mehr sozialverträglich. Des Weiteren begründete Herr Linnert, dass beim Beschlussvorschlag 02 ein Verstoß gegen den § 29 ThürKO vorliegt, da die Zuständigkeit für die Umsetzung der Aufgaben der laufenden Verwaltung beim Oberbürgermeister bzw. dessen Pressestelle liegt.

Auf Grund der fehlenden Zuständigkeit im Ausschuss, sollte diese Drucksache im Fachausschuss diskutiert werden, so Frau Wagner, sachkundige Bürgerin.

Frau Schwenkglens, sachkundige Bürgerin, äußerte sich zum vorliegenden Anliegen, welches aus ihrer Sicht ein guter Ansatz ist.

Frau Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, schloss sich der Aussage an, dass diese Thematik nicht in diesen Ausschuss gehört. Die Frage ist, ob die Drucksache zur Abstimmung gestellt wird und in welcher Form, oder ob das Ergebnis bezüglich Wohnopia e. V. abgewartet werden soll und somit ein Vertagungsantrag gestellt werden muss.

Herr Robeck änderte als Einreicher der Drucksache den Beschlussvorschlag wie folgt:

...

02
~~Die Stadtverwaltung schafft~~ **Der Stadtverwaltung wird empfohlen**, die Rubrik „Wohnprojekte“ auf der Webseite der Stadt **zu schaffen**. Dort werden allgemeine Informationen zur Verfügung gestellt. Ferner wird dort eine Verantwortliche der Stadtverwaltung für Wohnprojekte benannt. Im Haushalt 2024 ist hierfür eine Stelle zu schaffen. Der Stadtrat empfiehlt, diese als Stabstelle beim Amt 62 anzusiedeln. In die Konzeption ist eine Evaluation des Vergabeverfahrens im Zusammenhang mit der Talstraße zu erstellen und einzubeziehen.

03

Zum Ende des ~~4. Quartals 2023~~ **1. Quartals 2024** ist ein Zwischenbericht zu geben. Der Katalog ist spätestens zum Ende des ~~2.~~ **3. Quartals 2024** fertig zu stellen.

Bezugnehmend auf den Beschlussvorschlag 02 äußerte sich Herr Pfistner, Fraktion CDU, dahingehend, dass er dies nicht zustimmen wird, begründete dies und nahm dabei Bezug auf die Schaffung neuer Stabstellen, welche aus seiner Sicht anders eingesetzt werden könnten. Ebenso plädierte er dazu, dass diese Thematik im zuständigen Fachausschuss diskutiert werden soll.

Anschließend stellte Herr Dr. Poppenhäger, Fraktion SPD, den Antrag auf Abbruch der Debatte, welcher nach Rückfrage des Ausschussvorsitzenden zu weiteren Wortmeldungen aus den Fraktionen, die sich bisher nicht an der Diskussion beteiligt hatten, mit 9 Stimmen dafür und 2 Enthaltungen bestätigt wurde.

Im Anschluss wurde die Drucksache einschließlich der Änderungen im Beschlussvorschlag 02 und 03 wie folgt abgestimmt:

abgelehnt Ja 1 Nein 7 Enthaltung 3 Befangen 0

4.2. 4. über-/ außerplanmäßige Mittelbereitstellung nach § 58 2188/23
Abs. 1 ThürKO im Jahr 2023
BE: Leiterin der Stadtkämmerei

Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, verwies auf folgende Änderungen in der Anlage 1 zur Drucksache:

1. Personal- und Organisationsamt

...

Deckung durch Mehreinnahmen: 09100.47100 ~~06180~~ **06180** Zuweisung vom Land

...

Da es keine Wortmeldungen gab, wurde die Drucksache wie folgt abgestimmt:

bestätigt mit Änderungen Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

4.3. 2. Änderungssatzung zur Satzung zur Erhebung einer 2191/23
Zweitwohnungssteuer in der Landeshauptstadt Erfurt
(Zweitwohnungssteuersatzung – ZwStSErf)
BE: Leiterin der Stadtkämmerei

bestätigt Ja 9 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

- 4.4. 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe für Übernachtungen in der Landeshauptstadt Erfurt (KASerf) 2192/23**
BE: Leiterin der Stadtkämmerei

Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, erläuterte kurz die Änderung.

Herr Panse, Ausschussvorsitzender, informierte darüber, dass seine Fraktion bereits der ursprünglichen Satzung nicht zugestimmt hatte. Entsprechend werde das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion auch bei dieser Drucksache sein.

Herr Dr. Poppenhäger, Fraktion SPD, brachte Argumente aus seinen eigenen Dienstreisen ein und stellte fest, dass die vorgesehene Änderung dazu führt, Bürokratie zu verringern und die Grundsätze der Steuergleichheit und –gerechtigkeit unterstützt.

bestätigt Ja 6 Nein 4 Enthaltung 1 Befangen 0

- 4.5. Prüfung einer Aufwand- und Verbrauchssteuer: Haltung und Auflass von Tauben im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Erfurt 2210/23**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte kurz das Anliegen seiner Fraktion, bei dem es konkret um die Auflassung von Tauben geht und bat um Zustimmung.

Der Beigeordnete für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, Herr Linnert, ging auf die vorliegende Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt ein und betonte u. a. dabei, dass die gewollte Steuer durch die Stadtverwaltung Erfurt als eine Bagatell-Steuer eingestuft wird.

abgelehnt Ja 1 Nein 7 Enthaltung 2 Befangen 0

5. Informationen

5.1. Mündliche Informationen

Es lagen keine mündlichen Informationen vor.

5.2. Sonstige Informationen

Sonstige Informationen gab es keine.

gez. Panse
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in